

Härtel, Hans-Hagen

Article — Digitized Version

Neue Wege der Staatsfinanzierung?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Härtel, Hans-Hagen (1983) : Neue Wege der Staatsfinanzierung?,
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 63, Iss. 3, pp. 108-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135773>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Hans-Hagen Härtel

Neue Wege der Staats- finanzierung?

Seit die Politiker erkennen mußten, daß Steuererhöhungen wegen des Widerstandes der Bürger kaum noch durchzusetzen sind und daß auch der Staatskredit wegen der steigenden Zinsbelastung ein kostspieliges Finanzierungsinstrument ist, sind sie auf der Suche nach Quellen, aus denen sie finanzielle Mittel möglichst kostenlos schöpfen können, ohne daß dadurch andere zusätzlich belastet werden. Ins Visier gerät dabei die Bundesbank, deren Gold- und Devisenschätze und deren Fähigkeit zur Geldschöpfung immer wieder die Phantasie anregen. In jüngster Zeit wurde vorgeschlagen, die Notenbank zur Finanzierung von öffentlichen Projekten in der Weise einzusetzen, daß die in einer wachsenden Wirtschaft erforderliche kontinuierliche Aufstockung der Zentral-

bankgeldversorgung nicht mehr durch den Ankauf von Wechseln oder von Devisen erfolgt, sondern durch die Gewährung von Krediten zu günstigen Konditionen an die öffentliche Hand.

Dieser Vorschlag kann jedoch – wie auch die Befürworter zugestehen – nur unter zwei Bedingungen in Erwägung gezogen werden. Erstens muß die Entscheidung, wie stark die Zentralbankgeldmenge ausgeweitet wird, einzig und allein bei der Bundesbank bleiben, und zweitens muß diese die Möglichkeit behalten, mit Hilfe ihrer traditionellen geldpolitischen Instrumente die kurzfristige Entwicklung der Zentralbankgeldmenge flexibel zu steuern. Soweit aber Zentralbankgeld nicht nur kurzfristig, sondern dauerhaft zur Verfügung gestellt wird, kann dies durchaus in der Weise geschehen, daß die Bundesbank Bund, Ländern oder Gemeinden Zentralbankgeld zu niedrigen Zinsen oder auch zinslos zuteilt und dafür niedrig verzinsliche oder zinslose Schuldtitel in ihr Portefeuille einstellt. Bei einem Anstieg der Zentralbankgeldmenge um 6 %, wie er beispielsweise für dieses Jahr zu erwarten ist, wären dies 8 Mrd. DM.

Der Vorteil für die Gebietskörperschaften bestünde in der Einsparung der Zinsen, die sonst über die Aufnahme der Mittel am Kreditmarkt zu zahlen wären. Würde das Notenbankgeld zinslos gegeben, so betrüge die Zinseinsparung bei dem gegenwärtigen Kapitalmarktzins von 7,5 % allerdings nur 600 Mill. DM, was 0,1 % der Ausgaben aller Gebietskörperschaften entspricht. Zwar würde dieser Betrag von Jahr zu Jahr steigen, doch muß man auch den Gegenposten berücksichtigen. Da die Bundesbank zinslose Non-Valeurs statt zinstragender Wechsel oder US-Papiere in ihrem Portefeuille hätte, verminderte sich ihr Gewinn und sie müßte die Ausschüttung an den Bund kürzen. Das, was Bund, Länder oder Kommunen an Zinsausgaben einspa-

ren, geht also dem Bund als Einnahme verloren. Die Gebietskörperschaften insgesamt hätten keinen nennenswerten Vorteil zu erwarten.

Wenn aber mit dem Vorschlag lediglich beabsichtigt ist, auch die anderen Gebietskörperschaften am Bundesbankgewinn zu beteiligen, so gäbe es einen sauberen und viel einfacheren Weg: Man ändert den Verteilungsschlüssel für den auszuschüttenden Bundesbankgewinn. Oder noch einfacher: Man ändert die Verteilung des Steueraufkommens zu Lasten des Bundes und zugunsten der übrigen Gebietskörperschaften. Man würde dann auch nicht den Eindruck erwecken, eine einzelne Gebietskörperschaft könnte Kredite billiger als andere Kreditnehmer mit gleicher Schuldnerbonität bekommen, ohne daß dadurch die private Wirtschaft oder eine andere Gebietskörperschaft belastet werden.

Besteht dagegen die Absicht, einzelne Länder oder Gemeinden, die Zukunftsinvestitionen vornehmen oder Arbeitslosen Beschäftigung verschaffen, zu entlasten, weil der finanzielle Aufwand nicht allein durch den Nutzen dieser Projekte für diese Gebietskörperschaften, sondern erst durch ihre überörtlichen oder gesamtstaatlichen Vorteile zu rechtfertigen ist, dann sind Zuschüsse des Bundes der direkte und adäquate Weg. Die indirekte Finanzierung über den Notenbankkredit, bei der der Bund über die Kürzung des Bundesbankgewinns zur Kasse gebeten wird, mag zwar geräuschloser sein, doch beschwört sie, selbst wenn sie auf ökonomisch unbedenkliche Weise geschieht, die Gefahr eines Vertrauensschadens herauf. Die Bürger, die so komplizierte Zusammenhänge nicht auf den einfachen Kern reduzieren können, werden argwöhnen, daß die Politiker letztlich im Auge haben, was ihnen aus gutem Grund durch die Autonomie der Notenbank verwehrt ist: der Zugang zur Notenpresse.